

Linke wollen Brief an Gauck schreiben

Die Sebnitzer sollen dem Bundespräsidenten ihre Meinung sagen – auch wenn sie kritisch ist.

21.07.2016 Von Dirk Schulze

Sächsische Schweiz. Die Ereignisse um den Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Sebnitz sorgen weiterhin für Diskussionen. Der Stadtverband Sebnitz-Hohnstein der Linkspartei will jetzt einen Brief an den Bundespräsidenten verfassen. Der soll allerdings kein Entschuldigungsschreiben werden, sondern vor allem kritische Stimmen enthalten.

Eins vorweg: Die Aktionen gegen Gauck, der beim Gang über den Sebnitzer Marktplatz mit „Hau ab!“ und „Volksverräter“-Sprechchören belegt wurde, verurteilen die Linken als Angriffe auf den persönlichen wie politischen Anstand. „Die sprachliche Verrohung, als Vorstufe für eine Verrohung gegenüber Sachen und Personen, die auf dem Markt nur durch Polizeieinsatz verhindert werden konnte, wirft ein schlechtes Licht auf die ganze Stadt“, heißt in einer Erklärung des Stadtverbands. „Nicht nur auf die Verrohten.“

Bei einer Verurteilung der Vorfälle will es die Sebnitzer Linke aber nicht belassen. Denn: Aus ihrer Sicht gibt es tatsächlich viele Gründe, den Bundespräsidenten allgemein und die Politik der Bundesregierung zu kritisieren. „Gegen das Problem der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich und die zunehmende Aufrüstung wird einfach nichts getan“, erklärt der Stadtverband.

Die Sebnitzer Linke möchte jetzt etwas tun. Sie will einen Brief an den Bundespräsidenten schicken. Inhaltlich soll dabei nicht die Sicht der Partei im Mittelpunkt stehen, sondern die Meinungen der Bürger. Der Stadtverband fordert alle Interessierten dazu auf, die Meinungen und Argumente mitzuteilen, die sich der Bundespräsident anhören sollte. Das kann persönlich bei einem Gespräch im Sebnitzer Büro der Linken oder per Schriftstück im Briefkasten geschehen. „Wir wollen nichts vorgeben“, sagt Ronny Petters vom Stadtverband. Aus den mitgeteilten Meinungen wollen die Kommunalpolitiker einen Brief formulieren, den dann jeder unterschreiben kann. Im Anschluss wird das Ganze nach Berlin geschickt.

Erst kürzlich hatte sich der hiesige Bundestagsabgeordnete der Linken, André Hahn, bei Joachim Gauck für die Pöbeleien während des Deutschen Wandertags entschuldigt. Der Respekt vor dem Amt verbiete einen derartigen Umgang mit dem Bundespräsidenten, erklärte Hahn – auch wenn er selbst Gauck in der Bundesversammlung nicht gewählt habe und mit manchen seiner Positionen nicht einverstanden sei.

Der Sebnitzer Stadtverband sieht keinen Widerspruch zwischen Hahns Entschuldigung und der geplanten Briefaktion. „Es geht um konstruktive Kritik“, erklärt Ronny Petters, der für die Linke auch im Sebnitzer Stadtrat sitzt. Der Brief soll sachlich und höflich formuliert werden. Keinesfalls werde Gauck persönlich angegriffen oder herabgewürdigt, wie das auf dem Markt passiert ist. Der Brief soll sich auch nicht vordergründig an Gauck richten, sondern gleichermaßen an seinen Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten, der voraussichtlich im Februar 2017 gewählt wird.

Den Sebnitzer Linken geht es vor allem darum, mit den Einwohnern in einen Dialog zu treten und die oft angemahnte Bürgerbeteiligung zur ermöglichen. „Wir wollen den Leuten eine Möglichkeit geben, ihre Kritik zu äußern“, sagt Petters. Den Pöblern vom Markt werde man mit dem Brief jedoch kein Podium bieten. Unsachliche Kommentare werden nicht berücksichtigt, für Hetze sei kein Platz. „Auf keinen Fall bieten wir ein Forum für radikale Kräfte.“

Während das Deutschen Wandertags in Sebnitz Ende Juni wurde Bundespräsident Joachim Gauck von aggressiven Störern mit Trillerpfeifen massiv ausgepiffen. Fremdenfeindliche und rechte Internetseiten hatten zuvor zu Aktionen aufgerufen und feierten die Vorfälle anschließend als Erfolg. Die Polizei geht von 180 Personen aus, die sich daran beteiligten. Gegen zwei Personen laufen Ermittlungsverfahren. Ein 30-jähriger Sebnitzer muss sich wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, Widerstandes, Verstoßes gegen das Waffengesetz und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten. Er hatte eine Werbebroschüre geworfen und wurde deshalb kurzzeitig dingfest gemacht. Dabei setzten die Beamten Pfefferspray ein.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/linke-wollen-brief-an-gauck-schreiben-3449460.html>